

Aus der sozialdemokratischen Partei

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **15 (1923)**

Heft 5

PDF erstellt am: **14.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-351877>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

aus Millionen Herzen der Schrei ertönte: «Nie wieder Krieg», wurde das Ruhrgebiet mit grossem militärischen Aufwand besetzt, um die Reparationen zu erzwingen. Dagegen wehrte sich die Arbeiterschaft. Sie verlangte friedliche Verständigung. Sie will nach den bitteren Erfahrungen der letzten 9 Jahre weder unter den preussischen, noch viel weniger unter den französischen Bajonetten arbeiten. Sie, die trotz fleissiger Arbeit nicht imstande ist, genug zum Leben zu haben, die zusehen muss, wie ihre Frauen und ihre Kinder an Unterernährung dahinsiebeln, wie das öffentliche Leben, der Verkehr und die persönlichen Freiheiten unterdrückt und illusorisch werden, wehrt sich mit der Kraft der Verzweiflung gegen die militaristischen Methoden. Sie wehrt sich dabei für ihr Vertragsrecht, für den Achtstundentag und für ihre politische Selbstbestimmung.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund appelliert in einem Aufruf an die Arbeiter der Welt, den Kampf der deutschen Arbeiter zu dem ihrigen zu machen. Er erinnert an die Blutopfer, die bereits gefallen sind, an die Besetzung der Betriebe durch die Okkupationsarmee, an die Ausweisungen von Beamten und Arbeitern, an die Verhängung von Zuchthausstrafen, an die «Beschlagnahme» von Kohle, Geld, Arbeitslöhnen, Unterstützungsgeldern, an die drohende Massenarbeitslosigkeit.

Die Erfahrungen der letzten Zeit haben gezeigt, dass der Ruhrkrieg in der Hauptsache vom deutschen Proletariat getragen werden muss. Vorab wir als Angehörige eines neutralen Landes können nichts dazu tun, als zu erklären: auch wir verwerfen diese Methoden der Selbsthilfe, wo der bis an die Zähne Bewaffnete über den Wehrlosen herfällt, um ihm das Hemd vom Leibe zu ziehen. Schon aus menschlichem Mitgefühl müssen wir es ablehnen, eine solche «Rechtsauffassung» zu billigen, um so mehr, als auch der Einbruch in Belgien vom Jahr 1914 von uns niemals gebilligt und noch weniger entschuldigt wurde.

In Anbetracht der grossen Notlage, unter der das deutsche Proletariat zu leiden hat, in Anbetracht der Unterernährung in seinen Reihen und in Anbetracht der Beweise von Solidarität, die das deutsche Proletariat gegenüber dem Ausland in früheren Tagen je und je bekundete, will aber auch die schweizerische Arbeiterschaft trotz der eigenen Notlage nicht zurückstehen, ihr Scherflein zur Linderung der Not und zur moralischen Unterstützung der Aktion der deutschen Arbeiterschaft beizutragen.

Unser Aufruf zur Uebernahme von unterernährten Kindern von Gewerkschaftern aus der Ruhr hatte bis heute die erfreuliche Folge, dass auf Anfang Mai über 500 Kinder für einen Aufenthalt von zwei Monaten übernommen werden können. Auch an Geldbeträgen für die Deckung der Unkosten ist schon eine schöne Summe eingegangen. Die Sammlung von Pflegeplätzen und von Geld soll fortgesetzt werden, und wir hoffen, dass unser Hilfswerk noch viele Freunde findet. Die deutsche Arbeiterklasse hat eine Riesenaufgabe durchzuführen: den Kampf gegen den fremden Militarismus und den Kampf gegen die eigenen Kriegshetzer. Sie wird ihn nur bestehen können, wenn sie der moralischen Unterstützung der internationalen Arbeiterschaft sicher ist.



Aus der sozialdemokratischen Partei.

Zum Geschäftsbericht pro 1921/1922.

Ueber die Entwicklung der Mitgliederzahlen der Partei seit 1920 erfahren wir, dass die Partei 1920 in 685 Sektionen 53,910 Mitglieder zählte, 1921 in 677 Sek-

tionen 43,131 und 1922 in 675 Sektionen 37,589. Der Rückgang dürfte seine Ursachen sowohl in der Parteispaltung wie in der Wirtschaftskrise haben. Immerhin ist zu hoffen, dass der Tiefstand nun überwunden ist.

Die Jahresrechnung pro 1922 weist Fr. 108,513.90 Einnahmen und Fr. 121,718.46 Ausgaben aus. Unter den Ausgabenposten, die das Budget ungünstig beeinflusst haben, finden wir: Agitationsdrucksachen mit fast Fr. 34,000.—, die Lex Häberlin mit Fr. 8000.— und die Kampagne gegen Art. 41 des Fabrikgesetzes mit Fr. 5400.—. Der erstere Posten dürfte vornehmlich auf die Kampagne gegen die Vermögensabgabe entfallen, der letztere ist in der Hauptsache eine Vorschussleistung.

Der Geschäftsbericht rekapituliert die Tätigkeit in den Jahren 1921 und 1922, wobei besondere Kapitel die einzelnen Tätigkeitsgebiete andeuten. Im Bericht pro 1921 finden wir so ein Kapitel «Partei und Gewerkschaftsbund», in dem wir den folgenden Satz lesen: «In einzelnen Fällen, wo gemeinsame Interessen auf dem Spiel standen, hat es tatsächlich an der notwendigen Fühlungnahme und entsprechendem Zusammenwirken gefehlt; die Folge war, dass die Widerstandskraft der Arbeiterschaft nicht in vollem Masse zur Geltung kam.» Diese Feststellung ist zutreffend. Nur hätte der Berichtstätter beifügen müssen, dass es vorkam, dass gemeinsame Sitzungen zwischen Bundeskomitee und Geschäftsleitung nicht abgehalten werden konnten, weil von der letzteren nur ein oder zwei Mitglieder erschienen waren. Wenn die seither eingetretene Besserung anhält, soll es uns freuen.

Der Bericht zeigt aufs neue, dass die Jahre 1921 und 1922 politisch ausserordentlich bewegt waren und starke Ansprüche an die Partei stellten, die deren Kräfte voll in Anspruch nahmen. Daneben spielten die internationalen Fragen noch eine bedeutende Rolle. So führte der «Fall Ryser» auf dem Luzerner Parteitag zu lebhaften Auseinandersetzungen. Es handelte sich hierbei um die Frage, ob ein Angestellter des Internationalen Arbeitsamtes als Vertrauensmann der Arbeiter Mitglied des Nationalrates sein könne. Man wird heute zugeben müssen, dass sich die grosse Aufregung über dieses welterschütternde Problem nicht lohnte. Auch die Frage der Beteiligung an einer neuen Arbeiterinternationale führte zu einem Neuaufflackern der Diskussion. Doch ist hier ein wesentlicher Fortschritt gegen früher darin eingetreten, dass sachlich diskutiert wurde, und dass die Beteiligten auch bei prinzipiell verschiedener Auffassung in dem Punkte einig waren, dass das Schwergewicht heute für uns in der Innenpolitik liegt.

Der Gesamtbericht bietet eine gute Uebersicht sowohl über den Stand der Parteibewegung, wie über die Probleme, die die Partei und die Gesamtbewegung beschäftigen.

Der sozialdemokratische Parteitag.

Vom 20. bis 22. April tagte in Bern der ordentliche Parteitag bei einer Präsenz von gegen 300 Delegierten. Als Gäste waren die Arbeiterunion Bern, die internationale Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien und der Gewerkschaftsbund vertreten.

Der Bericht der Geschäftsleitung wurde ohne Opposition entgegengenommen desgleichen die Berichte über die Frauenagitationskommission, die Jugendorganisation und des Bildungsausschusses. Im Bericht der Nationalratsfraktion wurde fleissigerer Sitzungsbesuch einzelner Mitglieder verlangt.

In lebhaften Auseinandersetzungen führte ein Antrag des Parteivorstandes, den Pressfondsbeitrag zu den obligatorischen Parteibeiträgen zu schlagen. Diesem

Antrag wurde der Vorzug gegeben gegenüber solchen, die entweder den Pressfondsbeitrag ganz aufheben, ihn reduzieren, oder den Einzug auf bessere Zeiten verschieben wollten.

Im Mittelpunkt des Interesses stand das viel variierte Thema: Bestrebungen für den Wiederaufbau einer sozialistischen Internationale. Es ist dies ein Thema, recht geeignet, sich die Köpfe heiss zu reden. Immerhin ging es gnädig ab. Es hatte wohl jeder Redner das Gefühl, dass über das internationale Problem schon mehr als genug gesprochen worden und Zurückhaltung geboten sei. Schliesslich wurden gegen eine starke Minderheit die Anträge des Parteivorstandes angenommen. Sie besagen, dass die Partei den Hamburger Kongress beschicken wolle, wenn die I. A. S. P. die Beteiligung beschliesst, dass die Delegierten im Sinne der Beschlüsse der Wiener Beschlüsse von 1921 zu wirken haben, und dass über den Beitritt zu der neuen Internationale ein späterer Parteitag zu entscheiden habe. Es wurden 5 Delegierte für die Hamburger Tagung bezeichnet.

Ein Referat von Genossen Greulich für die energische Unterstützung des Kampfes gegen die Abänderung des Art. 41 betätigte die Haltung der Partei zu dieser Frage.

Zur Alters- und Invalidenversicherung wurde die folgende Resolution angenommen:

1. Der Parteitag protestiert gegen die jahrelange Verschleppung der Beratung des Verfassungsartikels über die Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung durch die bürgerliche Mehrheit der eidgenössischen Räte.

2. Er protestiert ferner gegen die gesetzwidrige Hinausschiebung der Abstimmung über die Initiative Rothenberger durch den Bundesrat und fordert diesen auf, seiner gesetzlichen Pflicht endlich nachzukommen.

3. Die Fraktion der Bundesversammlung wird eingeladen, bei der weiteren Beratung der Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung ihre Bemühungen zur Schaffung eines klaren, dem Gesetzgeber die erforderliche Bewegungsfreiheit gewährenden Verfassungsartikels fortzusetzen und allen Anträgen durch welche die Verwirklichung der Sozialversicherung erschwert oder verschleppt werden soll, entschieden entgegenzutreten. Insbesondere sind die unannehmbaren Anträge, die darauf ausgehen, die Besteuerung der Erbschaften oder Nachlässe auf absehbare Zeit zu verunmöglichen und den Ertrag der Belastung des Tabaks für andere Zwecke als zur Finanzierung der Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung zu verwenden, zu bekämpfen. Der Uebergangsbestimmung betreffend die sofortige Einführung der Altersfürsorge ist nur zuzustimmen, wenn Gewähr dafür besteht, dass dadurch keine Verzögerung der Verwirklichung der Versicherung bewirkt wird.

4. Die Initiative Rothenberger ist in der Volksabstimmung kräftig zu unterstützen.

Zur Revision der Art. 31 und 32 der Bundesverfassung (Alkoholartikel) wurde in zustimmendem Sinne Stellung genommen.

An die Sportgenossen wird ein allgemeiner Appell gerichtet, sich sozialistischen Sportvereinen anzuschliessen.

Ein Antrag St. Gallen, der Prüfung der Frage verlangt, ob nicht die «Rote Revue» durch die Gewerkschaftliche Rundschau ersetzt werden könnte, indem diese zu einer sozial- und wirtschaftspolitischen Zeitschrift ausgebaut würde, wurde zurückgezogen und durch einen Antrag allgemeinerer Fassung ersetzt. Die zuerst vorgeschlagene Lösung würde den Interessen der Gewerkschaftsbewegung gewiss dienen, und etwas ähnliches ist von uns auch schon ins Auge gefasst wor-

den; dagegen könnte es die Partei nicht befriedigen, weil parteipolitische Probleme nicht erörtert werden könnten. Der Gewerkschaftsbund muss sich die politische Unabhängigkeit unbedingt sichern.

Auch vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus kann man vom Parteitag 1923 durchaus befriedigt sein. Er hat es verstanden, sachlich zu diskutieren. Allen seinen Beschlüssen in Sachfragen können auch die Gewerkschafter ohne Vorbehalt zustimmen.

Der hässliche Richtungsstreit früherer Parteitage hat aufgehört. So muss es bleiben, dann wird die Partei ihre alte Werbekraft entwickeln und neue Zehntausende um ihr Banner vereinen.



Organisation und Ausdehnung schweizerischer Grossbetriebe.

I.

P. M. Wenn man Untersuchungen anstellen will über Grossfirmen mit weitverzweigter Organisation und riesiger Kapitalkraft, dann ist man geneigt, an die Trusts in Amerika oder an die neuere Entwicklung in Deutschland zu denken. Und doch braucht man wirklich nicht in die Ferne zu schweifen; gibt es doch in der Schweiz Produktionsfirmen, die zum Vergleich mit ausländischen Betrieben gleicher Art getrost herangezogen werden können. Ja es gibt sogar Unternehmungen, so gross und vielgestaltig, dass für sie die Schweiz der rechte Boden war.*

Das neue Jahrhundert liess die industrielle Entwicklung der Schweiz mit Riesenschritten vorwärts-eilen. Ganz deutlich belehrt uns darüber eine Statistik, die wir hier einer Publikation des Schweizerischen Bankvereins (Die Schweizerische Volkswirtschaft 1920—1921) entnehmen. Danach befinden sich in der Schweiz am Ende der Jahre 1901 und 1920 Aktiengesellschaften im folgender Anzahl:

	Anzahl der Aktiengesellschaften		Nennwert des Kapitals (In Mill. Fr.)	
	1901	1920	1901	1920
Gesamtzahl	2056	7266	1881	5242
Mit einem Kapital bis 1 Mill. Fr.	1788	5575	349	1090
1 bis 5 Millionen Fr.	213	545	506	1286
5 bis 10 Millionen Fr.	28	79	266	627
10 bis 20 Millionen Fr.	14	31	220	487
Ueber 20 Millionen Fr.	13	36	579	1751

Zweifellos eine interessante Entwicklung, die sich in diesen Zahlen widerspiegelt. Daraus ist klar zu erkennen, in welchem Ausmass die Konzentration des Kapitals vor sich ging. Denn nicht nur relativ, sondern auch absolut haben die Gesellschaften mit einem Aktienkapital von mehr 1 Million Franken sich vermehrt. Der Krieg war auf die Entwicklung von grossem Einfluss. In den sieben Jahren, von Juli 1914 bis Juni 1921, wurden insgesamt 3228 Aktiengesellschaften, mit einem Kapital von Fr. 1,275,834,000.— neu gegründet. Kapitalerhöhungen nahmen in dieser Zeit 1395 Gesellschaften mit einem Kapitalaufwand von Fr. 1,272,588,000.— vor. Insgesamt wurden in den sieben fetten Jahren nicht weniger als Fr. 2,208,229,000 in schweizerischen Aktiengesellschaften neuinvestiert.

* Siehe auch den Artikel: «Die Schweiz als Eldorado des Effektenkapitalismus», Nr. 12, Jahrgang 1922, der «Gewerkschaftlichen Rundschau».